

Rede des Dresdner Superintendenten Christoph Zieme  
vor der Stadtverordnetenversammlung Dresden am 25.10.1989

Werte Anwesende!

Es war nicht leicht, von oben nach unten, immer hin und her geschickt zu werden, um bis hierher zu kommen. Es ist für mich auch überhaupt nicht selbstverständlich, zu ihnen hier zu sprechen. Ich habe nach der Kommunalwahl am 7. Mai Einspruch gegen das Wahlergebnis hier in der Stadt Dresden erhoben. Dieser Einspruch ist bis heute nicht geklärt. Darum ist ihre Legitimation als Abgeordnete für mich weiterhin fragwürdig. Wenn ich mich dennoch an Sie wende, dann tue ich es, weil Sie faktisch die Verantwortung übernehmen. Ich tue es als Christ und habe deshalb gebeten, hier sprechen zu können, weil es Dinge gibt, die mich in besonderer Weise in diesen Prozeß bewegen. Und zwar zwei Anliegen möchte ich vortragen. Das erste:

Ich übergebe heute dem Oberbürgermeister im Auftrag des Evangelisch Lutherischen Landeskirchenamtes Sachsen und auch im Einvernehmen und Auftrag der Gruppe der 20 die vom Jugendpfarramt der Dresdener Kirchenbezirke zusammengestellten 170 Erlebnisberichte Betroffener zu Übergriffen und Gewaltanwendung durch die Sicherheitsorgane gegenüber friedlichen Demonstranten und anderen Bürgern in der Zeit vom 3. bis zum 8. Oktober. Von den 170 Berichten sind lediglich 8 anonym. Es sind hinzugefügt zwei weitere Bereitschaftserklärungen zu Zeugenaussagen. Es liegen dem Stadtjugendpfarramt weitere 60 Berichte vor, deren Freigabe bis jetzt noch nicht geklärt werden konnte. Die Berichte befinden sich in diesen drei Mappen. Es ist ein erschütterndes, erschreckendes Dokument. Die Berichte machen bestürzend deutlich, daß elementare Rechtsgrundsätze verletzt worden sind und Menschen schweren körperlichen und seelischen Schaden erlitten haben, und zwar durch einem, allem Anschein nach, planmäßigen und aggressiven und undifferenzierten und rücksichtslosen Einsatz von Polizei- und Sicherheitskräften mit Gummiknüppeln, Schilden, Hundestaffeln und anderem, durch willkürliche Zuführung und brutale entwürdigende Behandlung auf Mannschaftswagen; in Kasernen und Haftanstalten, durch Verweigerung ärztlicher Behandlung, durch provozierende und menschenunwürdige Beschimpfungen, durch Bedrohung oder auch Mißhandlung mit dem Ziel der Erpressung von Geständnissen oder unterschriebene Einwilligungen in sogenannte "Erklärungen".

Die Kirchen und die Gruppe der 20 halten es daher für unbedingt erforderlich, daß die Stadtverordnetenversammlung eine unabhängige Untersuchungskommission einsetzt, die mit allen

nötigen Vollmachten ausgerüstet ist, die massiven Übergriffe gegen Bürger zu untersuchen und die Öffentlichkeit fortlaufend und umfassend über alle Ergebnisse der Untersuchung zu unterrichten. Diese Kommission sollte bestehen aus Vertretern der Rechtsausschüsse der Stadtverordnetenversammlung, des Bezirkstages und der Volkskammer, aus Vertretern der Gruppe der 20, aus bekannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Dresden sowie Vertretern der Kirchen unserer Stadt. Eine erste Vorschlagsliste mit Namen für diese Untersuchungskommission übergebe ich Ihnen im Namen der Gruppe der 20. Aufgabe dieser unabhängigen Untersuchungskommission muß es sein - ich zitiere aus einem Brief der Landessynode, der jetzt zu dieser Stunde frei ist -, Leitung und Umfang und Hergang des Einsatzes der Sicherheitskräfte im angegebenen Zeitraum zu untersuchen und aufzuklären. Straftaten der Polizei und der Sicherheitskräfte und Untersuchungsorgane und des Personals der Haftanstalten festzustellen und ihre Verfolgung zu veranlassen, Rechenschaft von den Einsatzleitern über Einsatzkonzept, Anweisungen und Befehle zu verlangen und auf Konsequenzen zu drängen. Es stellt sich zum Beispiel die Frage: Wie sind die Sicherheitskräfte auf diese Einsätze vorbereitet worden. Fälle der Befehlsverweigerung durch Angehörige der Polizei- und Sicherheitskräfte in Zusammenhang mit den Einsätzen festzustellen und sich um die Einstellung disziplinarischer und gerichtlicher Verfahren zu bemühen, umfassende Unterstützung der Opfer zu veranlassen, dh. heißt auch ihre rechtliche Beratung, ihre vollständige finanzielle Entschädigung, ihre medizinische Betreuung und vor allem ihre juristische Rehabilitierung in der Öffentlichkeit, das betrifft unter anderem auch die Löschung der erkennungsdienstlichen Erfassung und die Feststellung der Rechtsunwirksamkeit aller schriftlichen Erklärungen. Es muß darüber hinaus untersucht werden, welche Ursachen zu Gewaltanwendung durch Demonstranten geführt haben. Dazu ist eine lückenlose Aufklärung über die Vorgänge am 3. und 4. Oktober notwendig. Deshalb ist es unbedingt wichtig, daß die abgeschlossenen Verfahren neu aufgenommen werden unter dem Gesichtspunkt der sich jetzt zeigenden erpreßten Geständnisse. Ich zitiere ein Beispiel aus dem Gedächtnisprotokoll, den Bericht von Ronald Gönner:

"Ich wurde weggeworfen und beim Verhör nochmals gegen den Schrank geworfen. Dann nahm ein Mann die Kragenecken meiner Jacke über

Kreuz und würgte mich. Er sagte: "Sagen Sie das, was wir wollen." Ich nickte und er ließ mich los." Er sagte, er würde in 15 Minuten wiederkommen und wenn ich dann nicht ausgesagt hätte, würde er mich totschiessen. Dann ging das Verhör los. Dabei mußte ich auf die Knie. Ich wurde gefragt, was ich auf der Prager Straße und dem Bahnhof wollte. Immer, wenn ich kurz stockte, drohte mir der Mann mit: "Gönnert, ich schlag dich tot!" Genau so sagte er es. Die Frage, ob ich denn keine Aufforderung der Organe gehört habe, daß das Gelände von Unbeteiligten zu räumen ist, konnte ich nur mit 'Nein' beantworten. Ich hatte doch so etwas nicht gehört. Er sagte, er würde mich totschiessen, wenn ich nicht sage, daß ich es gehört hätte. Als ich bei meiner Aussage blieb, ging er zu Tür, rief nach einem Knüttel und schlug mich damit auf den Rücken. Ich kniete immer noch. Vor Angst sagte ich dann, daß ich es einmal gehört hätte. Er schrieb das in das Protokoll und ich mußte unterschreiben."

Es ist eines von vielen. Wenn wir aus diesen drei Mappen weiterlesen würden, würden Sie möglicherweise auch nicht mehr so gut schlafen können. Es muß, denke ich, auch untersucht werden, in welcher Weise die Staatsanwaltschaft bei Bekanntwerden von Gesetzesverstößen ihrer gesetzlichen Pflicht gerecht geworden ist. Eine Untersuchung der Einzelfälle wird dem Ausmaß des angerichteten Schadens nicht gerecht. Deswegen reicht es nicht, einzelne Fälle der Staatsanwaltschaft zur Überprüfung zu übergeben, was natürlich notwendig und sinnvoll ist. Aber es ist, darüber hinausgehend, notwendig, daß der gesamte Komplex in einer unabhängigen Untersuchungskommission überprüft wird.

2. Etwas zu den Bedingungen des Dialogs. Es hat ein Dialog begonnen. Der Dialog, der jetzt begonnen hat, muß davor bewahrt bleiben, zum Alibi zu werden für die nötigen Veränderungen. Beim Propheten Jeremia steht das Wort "Friede, Friede, Friede und ist doch kein Friede. Sie heilen den Schaden meines Volkes obenhin." Was nötig ist, ist eine tiefe Erneuerung:

1. Eine Erneuerung wird nicht gehen, ohne daß es zur Erkenntnis und zum Aussprechen von Schuld und Fehlern kommt. Wir fangen nicht beim Nullpunkt an. Erneuerung ist ein tiefer, schmerzhafter Prozeß und er wird nur glaubwürdig werden, wenn wir Verantwortung auch für Fehlverhalten, für falsche Entwicklungen übernehmen, wenn das deutlich wird. Jeder von ihnen steht vor der Herausforderung, jetzt auch für sich selbst die Veränderung zu vollziehen. Und das heißt, die Last des Vergangenen aufzuarbeiten, damit es nicht den Weg nach vorn blockiert.

2. Wir müssen die eigene Tiefe und ihre Abgründigkeit wahrnehmen. Die Berichte, die ich Ihnen heute übergeben lassen mich fallsungslos davor werden, daß der fürchterlichste Teil der Deutschen Geschichte wieder gegenwärtig war, eine Geschichte, die offiziell ein für allemal für überwunden erklärt worden ist.
3. Das, was Menschen Angst macht, auch in unserem Land, auch in dieser Stadt, muß kontrollierbar, durchschaubar und überprüfbar werden. Das schließt die Kontrolle der Sicherheitsorgane, einschließlich der Staatssicherheit ein. Was sofort geschehen kann, ist, daß alle Versuche, nachträglich Bestrafung und Reglementierung vorzunehmen eingestellt werden. Gestern ist uns bekannt geworden, daß ein Schüler von einem Direktor einer Oberschule wegen Teilnahme an Demonstrationen strafversetzt worden ist aus der Schule....(Unruhe)... Die konkreten Angaben können wir nachreichen. Ich habe den Namen jetzt nicht hier.
4. Für den Dialog wird es wichtig sein, daß die Ungleichheit im Dialog zwischen dem Volk einerseits und der Partei und der Regierung andererseits überwunden wird. Es ist, glaube ich, die Situation der Gruppe der 20 darum schwierig, weil sie ein ungleichgewichtiger Partner ist. Auf der einen Seite steht doch auch in dem Dialog der Apparat des Staates und der Partei zur Verfügung mit allen Möglichkeiten der Initiative und der Organisation und auf der anderen Seite eine Gruppe von Vertretern der Bürgerinteressen, die sich noch gar nicht organisieren konnten und gar keine Arbeitsmöglichkeiten haben. Das ist eine Bitte: Der Dialog ist in Gefahr, wenn im Dialog das Machtgefälle direkt oder indirekt wirksam wird. Die Gruppe wird durch das Gewicht und die Macht der staatlichen Strukturen, auch wenn man das nicht wollte, leicht überfahren. Es reicht nicht, wenn Bürger ihre Meinung sagen dürfen. Bürger müssen die Chance haben, ihre Anliegen in unabhängigen und selbstständigen Vereinigungen zu vertreten und zu verwirklichen. Die Anerkennung der Gruppe der 20 als Bürgervertretung ist für mich ein Testfall dafür, ob der Dialog ernst gemeint ist, ob die Mitverantwortung der Bürger wirklich gewollt wird.

Ich danke Ihnen.

innereinnung